

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Saalitzkova nám. 32.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Telefon: 57544.

Inserte werden laut Tarif
billig berechnet. Bei Abrechnung
Einsparungen Preisnachlass.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kč 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reformarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 1924.

4. Jahrgang.

Freitag, 20. Juni 1924.

Nr. 144.

Volksgenosse Landbändler.

Seitdem der Umsturz die politischen Machtverhältnisse verändert hat, können hinter diesen gedeckten die deutschbürgerlichen Parteien ungeführt Demagogie betreiben. Sie können sich vor den Wählern vollstänlich und sogar „sozial“ gebärden, ohne daß sie befürchten müssen, daß ihnen dies Schaden bringen könnte, denn die Vertretung der kapitalistischen Interessen der von ihnen vertretenen Wählerkreise werden von ihnen, an der Macht befindlichen tschechischen Klassengenossen ausgiebig besorgt. Was die tschechischbürgerlichen Parteien in der Koalition durchleben, jedes reaktionäre und arbeitserfeindliche Gesetz, kommt ebenso den deutschen Kapitalisten zugute, ohne daß sich ihre Parteien dafür zu exponieren brauchen. Die deutschbürgerlichen Parteien, Unternehmervertreter, Merkantilisten und Agrarier brauchen sich nicht bloßzustellen, können hübsch im Hintergrund bleiben, können die Besorgung ihrer Geschäfte ihren tschechischen Kollegen überlassen und vor den Wählern die fechten Karte spielen, die es mit den Arbeitern und Beamten und überhaupt mit den Minderbemittelten ebenso gut und ehrlich meinen, wie die Sozialdemokraten.

Aber wenn auch diese Machtverhältnisse, die eine andere Rollenverteilung als sie früher bestanden, gebracht haben, die Klassengegenstände innerhalb der deutschen Bevölkerung in der Politik zu verschleiern geeignet sind, so gibt es doch Gelegenheiten, wo diese Gegenstände mit blendender Klarheit sichtbar werden, und wo es sich zeigt, daß die bürgerlichen Parteien trotz Umsturz und veränderter Machtverhältnisse sich nicht um ein Haar geändert haben, und daß sie im Wesen, im Charakter und besonders in ihrer Arbeiterfeindschaft dieselben geblieben sind, die sie seit jeher waren.

Eine solche Gelegenheit bildete die Rede, die der deutschagrarische Abgeordnete Windirsch vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause bei der Verhandlung der Vorlage betreffend die Weitergewährung von Arbeitslosenunterstützungen zu halten sich bemüht fühlte. Dieser Herr Windirsch gilt seit jeher als ein besonders ausgepöckelter Arbeiterfeind, aber was er sagte, das war, wie alle Erfahrung lehrt, nicht bloß seine Ansicht, es war der Geist des „deutschgesinnten“ Bürgertums und besonders der Geist des deutschen nationalen Landbändlertums, der in der Unterdrückung der Arbeiterfeindschaft das Hauptziel seines Strebens sieht.

Seit Jahren dauert infolge der Stagnation in vielen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit an. Hunderttausende Arbeiter müssen gezwungen feiern und mit ihren Familien die Entbehrungen einer langen Arbeitslosenzelt tragen. Auch jetzt noch beträgt die Zahl der Arbeitslosen gewiß über hunderttausend und es ist selbstverständlich, daß viele, ohne ihre Schuld aufs Pflaster geworfenen Menschen, vom Staate die Mittel erhalten müssen, um wenigstens notdürftig ihr Leben fristen zu können. Was ein einsichtiger, kultivierter und auch nur einigermaßen sozialempfindender Mensch bei einer solchen Gelegenheit zu sagen hätte, das wäre, daß die Behörden bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht mit jener Engherzigkeit und Knauerigkeit vorgehen sollten, wie das leider vielfach der Fall war. Und ein solcher Redner müßte vom Staate verlangen, daß er eine Wirtschaftspolitik betreibt, welche die Beschäftigungslosen baldmöglichst aus der Hölle der Arbeitslosigkeit herausführt.

Was aber tat Herr Windirsch? Seine Rede war eine einzige gehässige, bornierte und arbeitserfeindliche Heiße, in der er auch noch Verdächtigungen und Beschuldigungen gegen die Arbeitslosen häufte. Windirsch gab wohl selbst zu, daß die Arbeitslosenunterstützungen bei den Beteiligten nicht ausreicht, aber gleichzeitig erklärte er, daß sie „in mancher Hinsicht auch korrumpierend wirke“. Was Windirsch darunter versteht,

Eine faschistische Tscheta.

Eine eigene Sektion zur Entführung politischer Gegner.

Rom, 18. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Die oppositionellen Blätter spielen auf das Bestehen einer Art faschistischer Tscheta an, wobei sie auch einiges über deren Organisation mitteilen. Wie der „Popolo d'Italia“ mitteilt, ist diese Organisation in zwei Sektionen eingeteilt: eine politische und eine exekutive. Die erstere sei aus Spezialbeamten zusammengesetzt, deren Aufgabe vor allem in der fortwährenden Überwachung der prominenten Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lebens besteht. Die Exekutivsektion sei z. B. mit der Durchführung der Entführungen, welche sich in letzter Zeit hauptsächlich in Genua, Bologna und Turin zugezogen haben, betraut gewesen.

Rossi geflohen.

Rom, 19. Juni. Nach der „Stampa“ soll es Rossi gelungen sein, über den großen St. Bernhard ins Ausland zu entfliehen. Der Polizei in Rom wurde der Fluchtversuch Rossis eine Stunde nach seiner Durchreise durch die Stadt gemeldet. Der Polizeikommissar versuchte vergeblich, ihn per Automobil einzuholen.

Die Lage in Italien.

Rom, 19. Juni. (A.S.P.) Die „öffentliche Meinung“ ist mit den Regierungsmassnahmen „sehr zufrieden“. Die Blätter brüden gleichfalls ihre Billigung zu der Ernennung Federzouts zum Innenminister aus. Die Gerichtsbehörden haben das Eigentum des Advokaten Fittelli in Mailand beschlagnahmt.

Gestern abends sind die Vertreter der oppositionellen Abgeordnetengruppen in Monte

Citorio zusammengetreten. Sie haben hervorgehoben, daß die kommunistische Partei eine Rundgebung veröffentlichte, die von dem gemeinsamen früheren Beschlusse abweicht und zu Manifestationen auffordert, obwohl der gemeinsame Beschluß, der die Freiheit der Presse, der Rede und des Gedankens forderte, alle Manifestationen und Demonstrationen ausschloß. Die Tagesordnung, in der dieses getrimmte Vorgehen der Kommunisten verurteilt wird, wurde nach dem Verlassen der Kommunisten einstimmig angenommen. Es wurde ferner beschlossen, sämtliche Abgeordnete der Opposition für den 25. Juni zu einer Trauerfeier für Matteotti einzuberufen.

Das nationale Direktorium der faschistischen Korporationen nahm eine Tagesordnung an, in welcher der tiefe Schmerz über die Tat ausgesprochen wird, dessen Opfer Matteotti wurde, und in der abermals das „unerschütterliche Vertrauen“ und die „Ergebenheit“ für Mussolini ausgesprochen wird.

Weitere Verhaftungen.

Rom, 18. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Die Polizei hat am Mittwoch abends auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft das ehemalige Mitglied der faschistischen Zeitung Giovanni Marinelli verhaftet. Es wird ihm vorgeworfen, Personen dazu aufgehetzt zu haben, den Abgeordneten Matteotti seiner persönlichen Freiheit zu berauben. Marinelli gehörte vorher der revolutionären sozialistischen Bewegung an.

Die Zeitung der unifizierten sozialistischen Partei hat beschlossen, im Prozeß gegen die Mitglieder der Matteotti als Zivilpartei aufzutreten.

Dänemark erkennt die Sowjetregierung an.

Kopenhagen, 18. Juni. Das Außenministerium gibt bekannt: Am 18. Juni hat die dänische Regierung die Regierung des Bundes der sozialistischen Materepubliken (ZSRR) „de jure“ anerkannt und ihr gegenüber erklärt, sie sei daher der Ansicht, daß die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgenommen werden müssen. Gleichzeitig sind die beiden Regierungen nach

einem Notenwechsel darüber einig geworden, daß das zwischen der dänischen Regierung und der Regierung des Sowjetbundes unter dem 23. Juni 1923 abgeschlossene vorläufige Nebereinkommen die Grundlage für die Handels- und Schiffsahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern bilden solle, bis eine Einigung über einen endgültigen diesbezüglichen Vertrag erzielt worden ist.

Ein „Zwischenfall“ in Belgrad.

Einbruch in die Wohnung des jugoslawischen Militärattaches.

Belgrad, 19. Juni. (AP.) Am Sonntag abends drangen unbekannte Personen in die verschlossene Wohnung des abwesenden Militärattaches des Königreiches SHS in Sofia Oberstleutnant Mikrovic ein. Sie erbrachen Schränke, durchsuchten die darin befindlichen Sachen und versuchten auch den Schreibtisch zu öffnen. Sie wurden aber von

der Gattin des Oberstleutnants und von zwei Beamten überrascht und flüchteten unter Mitnahme des Dienstrevolvers des Oberstleutnants. Der bulgarische Außenminister sprach dem Gesandten des Königreiches SHS sein Bedauern über diesen Vorfall aus. Der Chef des Protokolls sprach namens der bulgarischen Regierung dem Oberstleutnant das Bedauern aus.

ist nicht klar, aber „korrumpierend“ ist nach seiner Ansicht wohl, daß die Arbeitslosen durch die Unterstützungen an ein arbeitsloses, behagliches Leben gewöhnt werden. Das arbeitslose und dabei einträgliche Leben der Kapitalisten regt ihn weniger auf. Dieser Windirsch und seine Klassengenossen, sollten wenigstens ein halbes Jahr dazu gezwungen werden, von der Arbeitslosenunterstützung sich und ihre Familien zu erhalten. Sie würden dann wohl andere Begriffe von dem Leben der von der Wirtschaftskrise auf die Straße gestellten Menschen bekommen. Er sprach auch davon, daß manche Arbeitslose, wenn sie zu Arbeiten herangezogen werden, „einfach nicht zu haben sind“, das heißt, er beschuldigte sie, daß sie sich absichtlich davon drücken, wieder in Arbeit zu treten. Herr Windirsch beschuldigt die Arbeitslosen also nichts geringeres, als der Arbeitsscheu und bezeichnet sie als Menschen, deren Ideal es ist, so lange als nur möglich, jeder Arbeit auszuweichen, um der paar Kronen täglich, die sie an Unterstützung bekommen, so lange wie möglich teilhaftig zu werden. Als Beweis für diese infame

Behauptung, beruft er sich auf eine — Zeitungsnote, die irgendeinmal, irgendwo in einem Prager Platz veröffentlicht gewesen sein soll und der zufolge nach einem großen Schneefall in Prag, die nötigen Arbeiter zur Beseitigung der Schneemassen nicht auszureichen waren. Es wäre ein vergebliches Bemühen, dem engstirnigen Windirsch begreiflich zu machen, daß ein tuberkulöser Textilarbeiter, oder ein Uhrmachergehilfe, die arbeitslos geworden sind, nicht gerade die körperliche Eignung besitzen, um Schneehäufungen zu werden, es genügt, darauf hinzuweisen, woher der Herr Windirsch seine sozialen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse hat, der aus einer einzelnen Zeitungsnote (!) allgemeine Schlüsse über die „Kausalität der Arbeitslosen“ zu ziehen sich erfreut. Herr Windirsch betätigte sich auch als Denunziant, indem er behauptete, es gäbe Arbeitslose, welche die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, obwohl sie dazu kein Anrecht mehr haben, da sie bereits in Arbeit stehen. Bei dieser Behauptung nannte Herr Windirsch keinen Namen, sondern überließ es, wie er pfiffig

bemerkte, der Feindschaft des Ministeriums für soziale Fürsorge, „den Namen selbst ausfindig zu machen“. Er weiß also nur von einem einzigen Fall, dennoch zieht er auch hier allgemeine Schlüsse, was natürlich nur den Zweck verfolgt, die Aufsichtsbehörden noch schärfer zu machen, damit sie den Arbeitslosen den Bezug der Unterstützung noch mehr als bisher erschweren. In dem Charakterbild des Windirsch hätte etwas gefehlt, wenn er nicht auch die Vergnügungssucht der Arbeiter als Beweggrund für die Landflucht angeführt hätte. Er meinte, daß sich die Arbeiter dort von der Landwirtschaft fern halten, wo sie nicht Kino und Theater besuchen können. Der „Volksgenosse“ Landbändler ist selbstverständlich davon durchdrungen, daß ein Arbeiter eben nur zum Arbeiten da ist, und daß Kino und Theater denen vorbehalten bleiben muß, die von der Arbeit der Arbeiter leben. Wenn irgend etwas, so ist diese Rede des Herrn Windirsch dazu angetan, die wahren Ursachen der Landflucht der Arbeiter zu erweisen. Arbeitgeber, die solche Anschuldigungen über Rechte, Pflichten und Behandlung der Arbeiter haben, wie dieser Windirsch, sind die besten Förderer der Landflucht.

Für seine arbeitserfeindliche Gesinnung hat der biedere deutsche Mann auch einen Gewährsmann gestellt gemacht. Das ist der — tschechische Abgeordnete Dr. Kramar! „Diese Quelle wird Ihnen allerdings nicht entsprechen“, sagte der ahnungsvolle Windirsch zu den ihm zuhörenden deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, aber deren Abneigung tat der Vorliebe des deutschen Landbändlers für den tschechischen Kapitalisten und Chauvinisten keinen Abbruch. Ihm, dem Herrn Windirsch entspricht diese Quelle um so mehr; mit schamendem Behagen zitierte er eine Rede Dr. Kramars, welche dieser in einer Versammlung des Textilindustriellenverbandes gehalten, und in der er verlangt hatte, es müsse, damit die Industrie export- und konkurrenzfähig bleibe, auf die Löhne, die Höhe der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und auf die Arbeitszeit „entsprechender Einfluß“ genommen werden. Windirsch und mit ihm die ganze Sippe der Landbändler sind entzückt! Dieser Kramar, das ist der Mann, so recht nach ihrem Herzen! Die Hungerlöhne noch mehr kürzen, die Arbeiter antreiben und die Arbeitszeit ins Ungemessene verlängern! Wenn Windirsch solche Absichten äußern hört, da fallen alle nationalen Schranken und in den Armen liegen sich gerührt der tschechische Kramar und der deutsche Agrarier Windirsch! Dieser zitiert diese Quelle nicht etwa, weil ihm um die Exportfähigkeit der Industrie bange ist, sondern weil sich sein Arbeiterhaß und seine Borniertheit daran entzündet und weil er hofft, die Arbeiter würden sich, je mehr sie in der Industrie ausgebeutet werden, um so williger auch von den Herrn Großagrariern ausbeuten lassen.

Es ist wohl nicht das erstmal, daß die deutsche Agrarpartei ihr wahres Gesicht zeigte, denn erst vor kurzem stellte sie den Antrag auf Abschaffung des Adhistrudentages, vor einiger Zeit den Antrag auf Einführung des Arbeitszwanges, und ihre Presse propagiert die vollständige Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, aber die Aufrichtigkeit, die Herr Windirsch entwickelte, ist doch hervorzuheben. Das war der Volksgenosse Landbändler, wie er wirklich ist, ohne Maske, ohne Hülle, jeder Zoll ein Arbeiterfeind! Es wird über die Arbeitslosigkeit gesprochen und Windirsch benützt diese Gelegenheit, seinen Geißel über die Opfer der Wirtschaftskrise zu ergießen, sie zu verdächtigen und zu schmähen. Das ist unverfälschte deutsche Landbändlererei! Man muß Herrn Windirsch Dank wissen für die Aufklärung, die er über das Wesen und den Geist der deutschen Landkapitalisten verbreitet. Er darf versichert sein, daß wir bei dieser Aufklärungsarbeit eifrig mithelfen werden!

Weltbürger.

Der Traum vom „Weltbürgertum“ ist uralt wie der gleichschöne von der „allgemeinen Brüderlichkeit“ und vom „ewigen Frieden“, aber das hohe Alter dieser Träume darf uns nicht dazu verleiten, zu wähnen, daß der Jnhalt dessen, was sich gläubige, hoffende Menschen seit Jahrtausenden bei den Worten vorstellen, unverändert geblieben ist. Die Begriffe haben vielmehr eine große und reiche innere Entwicklung mitgemacht, und je mehr sie ausreifen, desto entschiedener ist das Moment des Schnüchigen und Dichterisch-Unbestimmten aus ihnen verschwunden, desto energischer haben ihre Verfechter mit der Waffe des nüchternen Verstandes die urfächlichen Zusammenhänge erforscht, die der Verwirklichung dieser großen Ideen entgegenstehen und die es zu beeinflussen gilt, um dem höchsten Menschheits- Traum die Realität zu verleihen. Wie wir heute wissen, daß der feurig-begeisternde Schrei: „Die Waffen nieder!“, von noch so vielen ausgestoßen, doch nicht den Krieg ein Ende setzen wird, daß auch die anschaulichsten Schilderungen von Kriegsgreueln der Gegenwart und Zukunft ungehört verfallen müssen, solange nicht der ökonomische Anreiz für Kriege aufgehört hat, genau so steht es mit dem Ideal des „Weltbürgertums“: es wird zu greifbarer Wirklichkeit erst auferstehen, bis es sich wirtschaftlich nicht mehr lohnen wird, Bürger eines Staates, eines Volkes, einer Religionsgemeinschaft oder wie schon sonst die verengenden Bindungen heißen mögen, zu sein. Der wissenschaftliche Sozialismus, dem Unkundige der Böswilligen vorwerfen, daß er alle Ideale herabziehe und im Individualitäten-mordenden Gleichheitsbrei erlöse, gibt damit den heiligsten Hoffnungen der Erdbevölkerung die reale Grundlage und zeigt den Weg ihrer Verwirklichung. Denn die Siege begreifen, heißt damit beginnen, sie in die Tat umzusetzen.

So angesehen, ist das Buch unseres Bräuner Genossen Prof. Theodor Hartwig „Der kosmopolitische Gedanke“ (Ludwigsburg 1924, Verlag „Friede durch Recht“) eine Tat. Fürst es uns doch in das Verständnis der weltbürgerlichen Bestrebungen ein und zeigt uns an deren bisheriger Geschichte, wie das Gefühl immer inniger mit dem Gedanklichen durchsetzt und wie der Verstand allmählich die Bedingungen kluglegen beginnt, unter denen das echte Weltbürgertum erstehen kann. Im Anfang war nur das Gefühl, und zwar in einigen Ausnahmefällen. Dieser „emotionale“, aus innerstem Antrieb aufsteigende Kosmopolitismus, wie ihn Hartwig nennt, wußte eine dunkel erahnte Menschheit heiß in Liebe zu erfassen, von ihm geführt zog Christus alle Armen und Elenden an sein mitleiderrissenes Herz, er stand dem Idealstaate Platons Pate und half alle jene Gesellschaften gründen, die hinausgreifend über die Grenzen von Nation und Staat, Gleichgestimmte heranzuziehen versuchten. Die großen geistigen Republiken, die durch die christliche Kirche, wenigstens in ihren Anfängen, durch den das Altertum als Edelmentzheit wiederbelebenden Humanismus und durch die Freimaurerei repräsentiert werden, sind ohne den weltbürgerlichen Sinn nicht zu begreifen. Damit sich der Christ zum Christen, der gelehrte Humanist zum Humanisten, der Maurer zum Maurer, gleichgültig, wer es sonst sei, hingezogen fühle, mußte er in ihm nur oder vorwiegend den Menschen sehen, nicht aber, wie das doch so oft der Fall war, den Bürger eines fremden Volkes. Aber auch die Schranken des bloß gefühlsmäßigen Kosmopolitismus werden an diesen Beispielen sichtbar: derselbe mittelalterliche Christ, der im zerlumpten, gefallen Glaubensgenossen einen

Bruder in Jesus liebt und fördert, hielt es für eine gute Tat, einen ungläubigen Sarazenen, der doch auch Menschenanlieh trug, grausam zu töten; derselbe Humanist, der sich stolz nach dem lateinischen Namen des Menschen „homo“, nannte, sah hochmütig auf die armen Laien herab, sofern er der gelehrten Bildung ermangelte; und die zur Hilfsbereitschaft bereiteten „Freimaurer“ nahmen in ihre erlesenen Zirkel lediglich Angehörige der führenden Stände und überdies nur Männer auf.

Man sieht daraus, wie falsch und trügerisch einen das Gefühl als einziger Träger einer Idee zu beraten vermag, und auch der Kosmopolitismus erklimmt erst eine höhere Stufe, als er sich fest mit dem Verstande verbandelt, mit Hartwig zu reden, „rationalistisch“ wurde. Die klare Umreißung der Begriffe mußte Erscheinungen der Wirklichkeit, wie wir sie oben gezeichnet haben, verhindern und das reine Anklitz des „Menschen an sich“ hervorlocken lassen. Die französischen Aufklärer haben es zuerst deutlich und scharf gesehen, die kritischen Grundzüge, die Kant für alle menschliche Erkenntnis allgemeinverbindlich aufstellte, arbeiteten den Gattungsbegriff „Mensch“ noch entschiedener heraus, Kants „kategorischer Imperativ“ forderte eine Sittlichkeit jenseits aller Schranken von Volk, Stand, Religion und Geschlecht, und seine Schrift zum „Ewigen Frieden“ unterjochte bereits wissenschaftlich das Problem der Weltbürgerschaft. Immer wieder seither versucht, die Vernunft, Probleme zu entwirren und Konflikte zu lösen, die dem weltbürgerlichen Gedanken verderblich zu werden drohen: sie beleuchtet den Irrwahn der Rassenfanatiker, die aus einer zweifelhaften Abstammung das Recht auf Ueberhebung und Herrtum für sich ableiten zu dürfen wähnen, sie sucht die Schule, diese wichtigste Keimstätte der Gesinnung, den Händen der Unduldsamkeit, der nationalen und konfessionellen Borniertheit und des Massenunrechts zu entreißen, und arbeitet einer wahrhaft internationalen Gesinnung vor — aber die bloß vernunftgemäße Bestimmung von Mensch und Weltbürgertum wird allein die schwereren Aufgaben, die hier des Kosmopoliten harren, nicht zu leisten vermögen. Die Sätze, daß jeder als der Einzelne die Allgemeinheit, höher als die Familie das Volk, höher als das Volk die Menschheit stehe, werden vermutlich viele rein verständnisgemäß zugeben, handeln werden sie darnach nur selten.

Das Heil des Kosmopolitismus wie der Menschheit liegt vielmehr in der wirtschaftlichen Umgestaltung, die bewirkt wird, was weder dem Gefühl noch der abstrakten Vernunft glücken wollte: daß einer größtmöglichen Zahl von Menschen das größtmögliche Glück zuteil wird. Bis der einzelne einsehen wird, daß der wohlverstandene Kampf für seinen eigenen Nutzen den Nutzen und das Wohlergehen aller bedingt und voraussetzt, dann wird die Ernte des Kosmopolitismus reif sein, weil dann die Sozialisierung der Gesellschaft und die Sozialisierung der menschlichen Seele erreicht sein wird. Es kann nicht Sache der Wissenschaft sein, dieses „Dereinst“ in phantasievollen Farben auszumalen, weil die Wissenschaft nicht dichtet, sondern Seiendes begründet und Werdenendes erklärt, sie kann bloß die Zeichen der Entwicklung deuten, und das tut Hartwig im letzten Abschnitt seines Buches, der den Problemen der Kultur und des Sozialismus als den Verwirklichungsmöglichkeiten des echten Kosmopolitismus gilt.

Hier und in allen vorangehenden Kapiteln beweist Hartwig ein Wissen, einen Gedankenreichtum und einen edlen Schwung der Gesinnung, der den Leser jede Abhandlung mit Freude und Erhebung genießen läßt. Wenn trotzdem der

Gesamteindruck kein so einheitlicher ist, wie man es der Sache und dem Buche wünschen möchte, so liegt das an der Entstehungsgeschichte des Werkes: daß es aus einzelnen Zeitschriften-Aufsätzen zusammengestellt und nicht aus einem Guß konzipiert ist. Darunter leidet die straffe Entwicklung und Ableitung der Gedanken, der Bau weist Klüften und Sprünge auf und andererseits schleichen sich Wiederholungen ein. Nur

Schönheitsfehler, gewiß — aber eine geringere Sache wünscht man sich in berechtigter Unbecheidenheit ganz vollkommen. Es wird uns von dem kosmopolitischen Gedankens willen freuen, aus den wertvollen Vorarbeiten ein einheitlich-geschlossenes Werk, das die Idee von der Wurzel bis zur Krone begleitet, recht bald und glücklich erstehen zu sehen. K.

Eine bewegte Kammer Sitzung.

Ein Vorstoß der Gegner herrriots.

Paris, 19. Juni. (Kammer.) Im Palais Bourbon herrschte heute abermals großes Gedränge. Die Erwartungen des Publikums wurden nicht enttäuscht. Sofort nach der Eröffnung der Sitzung begann Bokanowski seine Interpellation über die Finanzpolitik zu verlesen. Mit erhobener Stimme erklärte er, daß die neue Regierung das Amt in einer so günstigen finanziellen Situation übernehme, wie sie seit dem Kriegesabluß nicht bestanden habe. Die finanzielle Lage habe sich seit 1919 ständig gebessert dank den unentwegten Bemühungen der früheren Kammer und werde sich auch in Zukunft ständig bessern, wenn man keine Unvorsichtigkeiten begehe. (Ironische Zurufe auf der Linken.) Bokanowski suchte seine Ausführungen mit Ziffern aus dem Amtsblatte zu belegen und weist darauf hin, daß zum erstenmale seit dem Kriege das Gleichgewicht des Budgets erreicht worden sei. Wir haben, fuhr Redner fort der neuen Legislatur ein unermeßliches Geschenk zurückgelassen. (Beifall im Zentrum. Protest auf der äußersten Linken.) Der Vorstehende muß oft zur Reife mahnen. Die Sozialisten überschütteten den Redner mit Zurufen, so daß er einige Minuten aufsehen mußte. Er erinnerte weiter an die günstige Handelsbilanz Frankreichs und daran, daß Frankreich seine zerstörten Gebiete aus eigenen Mitteln wieder herstellen konnte, ohne daß die öffentliche Schuld um mehr als 90 Milliarden erhöht worden ist.

Redner wird von Vincent Auriant unterbrochen, der die Angaben Bokanowskis bestritt und meint, man werde Nachtragkredite von mehr als einer Milliarde bewilligen müssen. Im Jahre 1919 habe die Regierung den Franken im Werte von 70 Centimes übernommen und ihn heute mit 25 Centimes zurückgelassen.

Zwischen Bokanowski und Auriant kommt es zu Auseinandersetzungen. Die Unruhe auf den sozialistischen Bänken steigert sich.

Bokanowski erklärt hierauf, daß eine Anleihe das einzige Mittel sei, um sich der Verpflichtungen zu erlösen und widerlegt die Gerüchte über den sogenannten Währungsplan. Bokanowski gedenkt der amerikanischen Hilfsbereitschaft zur Erhaltung des Franken und fügt hinzu, daß in diesem Augenblicke kein Centime Gold aus der Bank von Frankreich ausgeführt worden sei. Schließlich verlangt er Aufklärung über die künftige Politik der Regierung, namentlich ob die Teuerungszulagen der Beamten erhöht werden sollen und warum vor einer Vermögenssteuer.

Nach Bokanowski gibt der Sozialist Paul Faure eine Erklärung im Namen seiner Partei ab, in der es heißt, daß nach Auffassung der Sozialisten das Wahlergebnis vom 11. Mai eine endgültige Wendung in der Politik zu bedeuten habe. Anstelle einer Politik des nationalen Egoismus sei eine Politik getreten, die vom Geiste der internationalen Solidarität durchdrungen ist. Frankreich wünsche dauernden Frieden, friedliche Arbeit und Vertrauen zu den

Bölkern. Die Sozialisten sind überzeugt, im Interesse der Arbeiter zu handeln, wenn sie der Regierung die Mittel gewähren, diese Politik auszuüben. Dabei sind sie sich der Schwierigkeiten wohl bewußt. Sie wissen, daß die Schäden von vier Jahren nicht in einigen Wochen behoben werden können. Wir sind, fügte Faure hinzu, mit der Regierung keine Verpflichtung eingegangen. Wir verlangen von der Regierung keineswegs, daß sie unser Programm durchführe. Wir wollen nur, daß die Regierung sich selbst treu bleibe. Wir bleiben ihr treu, solange sie ihren Grundsatzen und Versprechungen treu bleibt. Wir werden nie zögern, unsere Vorschläge der Kammer zu unterbreiten, selbst wenn sie nicht mit demjenigen der Regierung übereinstimmen werden. Zum Schluß wiederholt Redner die Unterstützungsbereitschaft der Sozialisten. Die Erklärung wird auf der Linken mit Beifall aufgenommen.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme hat De Trocquer das Wort. Er will dem Ministerpräsidenten für die kommenden Verhandlungen keine Schwierigkeiten bereiten und erinnert nur daran, daß Deutschland unter allerhand Vorwänden sich keinen Verpflichtungen stets entzogen hat. Er gibt hierauf eine Uebersicht über die Ruhrbesetzung und ihre Ergebnisse. Hierbei wird er von sozialistischer Seite oft unterbrochen. Es herrscht im Saale große Unruhe.

Nach De Trocquer bestreift Herriot die Rednertribüne. Er behandelt zunächst die Frage der Vorschau beim Vatikan. Er erinnert daran, daß er schon im Jahre 1919 die Wiedererrichtung dieser Vorschau belämpft habe. Auf den Vorwurf hin, daß ein Regierungsmitglied nicht so handeln dürfe, wie ein Oppositionsmitglied, erklärte Herriot: Aber ein Oppositionsmitglied soll niemals etwas sagen, was es im gegebenen Falle nicht durchführen kann. (Lebhafte Beifall auf der Linken und in der Mitte.) Herriot erklärt, man möge ihm keine Absichten der Intoleranz unterstellen. Er anerkenne die Bedeutung der katholischen Religion und er erinnere an die großen Kämpfe, die für den Schutz der Schwachen gegen die Starken eingetreten sind. Es geschehe im Interesse des religiösen Friedens, daß die Vorschau beim Vatikan nicht beibehalten werde. Auf den Einwand, daß andere Staaten sie haben, erklärte der Ministerpräsident, man müsse nicht immer andere nachahmen und man müsse sich von eigenen Erwägungen leiten lassen.

Auf einen Zwischenruf des General Saint Yust ruft der Abg. Raynaud: „Ihr Mord Generäle habt zu schweigen!“ Dieser Zwischenruf gibt das Zeichen zu einem allgemeinen Tumult. Einige Abgeordnete der Rechten schickten sich an, gegen die Rednertribüne loszugehen. Ein Abgeordneter rufte: „General Rollet!“ Die Linke stellt sich zum Schutz der Regierungsbank auf. Painlevé unterbricht die Sitzung unter allgemeinem Tumult um 18 Uhr. Die Galerien werden geräumt. Ein

Die kleine Lotte. (22)

Von Simone Rodde.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Renouveau“, Wien.

Auch Charlotte ist müde. Sie sagt nicht, aber sie empfindet das. Sie sagt, sie wolle nicht mehr Vater ernähren. Das Haus in Neuilly muß zum zweitenmale belastet, Wechsel auf mehrere tausend Franken müssen gezahlt werden. Wem kommt dies Geld zugute? Wofür? Die Gläubiger sind ein Tapezierer und ein Champagnerhändler. Die Wohnung draußen findet keinen Mieter. Man schickt den Reisenden fort, nur einige wenige Stunden geben Aufträge; im übrigen genügt es für die beiden Frauen. Charles verdient nichts, verlangt aber Geld. Wie gibt ihm von Zeit zu Zeit. Sie hat eine Rücklagekasse und verbirgt sie vor ihrer Tochter. Wird die kleine Böse, erklärt Lise wohl, daß sie beide allein mit den drei Kindern nicht ausreichen können.

„Du sagtest ja selbst, daß er nichts tut. Im Gegenteil, er nimmt uns das Geld weg, das wir verdienen. Wartest du noch länger, wird das Ergebnis nur sein, daß du noch ein Kind freigest.“

Das Mädchen urteilt, sagt Unverschämlichkeiten offen heraus. Lise schweigt, senkt, weint. Seit der Geburt des letzten Kindes macht Charlotte häufig darauf Anspielungen, erklärt, sie wolle nicht, daß das von neuem angehe. Lise hat wirklich Angst. Schickt die kleine Waren liefern, wenn sie glaubt, der Vater werde im Laufe des Tages zurückkehren. Nachts flieht sie ihn an, mit leiser Stimme zu jaulen. Charles hat ein neues Stedenpferd, hört nicht auf, von diesem elenden Kerl, dem Robert, und Madame Sibel zu sprechen. Ja, wäre er nicht verheiratet, schleppie er nicht diese Kette mit sich — nicht Robert hätte sie bekommen.

Charlotte ist es, die antwortet:

„Es gibt ja Scheidung.“

Seitdem ist das Leben bei den Bugeot eine Hölle. Charles will sich scheiden lassen, Lise will nicht. Ihrer Tochter wendet sie ein, sie müßten ihre Interessen wahren, sich das Haus in Neuilly zurückbehaltend. Der Vater will sich aber nur scheiden lassen, wenn man ihm alles zugestehet. Lise hat genug für dieses Haus gearbeitet, sie will ihr Recht nicht verlieren. Charlotte gäbe gern alles dahin, opferte alles, nur um den Vater loszuwerden. Ihr Haß steigt auf das höchste. Im übrigen ist er immer da, schreit, läßt sich bedienen, frühstückt vor den anderen, ist nach den anderen zu Mittag, erfindet fortwährend Vorschläge. So macht es ihm Spaß, Mimi zu ihrer Verblüffung, gerade wenn sie schlafen geht, in Naturwissenschaften und Chemie auszufragen. „Diese Frauen — was für Gänse!“, brüllte er, schlägt mit den Fäusten auf den Tisch. Er droht, sie alle zu ohrfeigen, wagt es aber nicht, Charlotte hält ihn zurück — tapfer — aufbegehrend:

„Paß auf — rühr Mimi nicht an, weißt du.“

Das junge Mädchen, sehr nervös geworden, zittert noch lange nach jedem Auftritt. Heißt es wachen, nachts aufbleiben, was ein- oder zweimal in der Woche geschieht, muß sie sich Kissen hinter den Rücken legen, wird sofort müde, hat Schlußauf und Uebelkeiten infolge des Leimgeruches. Schmerzhafte Seitenstechen, Schwindel. Diese Beschwerden ärgern Lise, sie hat als junges Mädchen gewacht, ohne sie zu kennen. Trotzdem erzählt sie Charles davon in der Hoffnung, ihn zu rühren. Sie reizt ihn nur damit. Der Gedanke an seine Tochter verfolgt ihn wie die Bremse den Stier. Er rächt sich, indem er seine Frau prügelt. Lise wehrt sich nicht mehr, um Vorn zu vermeiden.

Eines Nachmittags, sie arbeiten, beide weinen, sagt Charlotte einfach:

„Ich höre euch, Mutter, in der Nacht. Paßt du noch nicht genug?“

Die Klingel ertönt. Charles drückt die Tür der Werkstatt ein, erscheint, betrunken, mit einem Revolver bewaffnet. Er schießt auf sie, die Augen schlagen in die Wand. Charlotte reißt die zu Tode erschrockene Mutter mit sich fort, läßt sie bei dem Hausbesorger, steigt wieder hinauf, die Arbeit und das Geld zu holen, das sie im Schrank weiß. Starker Glaube hält sie aufrecht, sie flieht ihr Ziel. Der Vater hat sich aufs Bett geworfen. Wie sie eintritt, versucht er ein Stöhnen. Das junge Mädchen nimmt die Waffe, die er neben sich auf den Nachttisch gelegt, verschwindet, ehe er daran denkt, sie zurückzuhalten.

Sie holen Mimi aus der Arbeit, die drei Frauen essen im Gasthaus, schlafen in einem kleinen Hotel. Charlotte ist ernst, Lise sehr heiter. Macht Pläne, glücklich im Gefühl der Freiheit, will den Abend in einer Singspielhalle beenden. Sie gesteht Charlotte, zwölfhundert Franken in der Spartkassa zu haben. Charles weiß es nicht, er wird nicht Einspruch erheben können. Was hat sie gelitten, ertragen, um das Geld zu verteidigen! Daß sie nicht von allem enttäuscht wären, wenn sie fortzögen. Charlotte wirft sich in ihre Knie, weint:

„Mutter, liebe Mutter, arme Mutter!“

Die arme Frau bricht in Tränen aus. Sie glaubt an ihren früheren Heldennut. Er hindert sie, zu begreifen, daß jetzt der Augenblick da ist, wo es heißt, tapfer sein.

Mimi betrachtet den Revolver, fragt ängstlich, ob Vater nicht einen andern kaufen, sie aufsuchen kann.

Am nächsten Morgen, nachdem sie sich versichert haben, daß er fort sei, packen die Frauen mit Hilfe des Hausbesorgers (die Miete ist bezahlt und er verdient noch zehn Franken) die Möbel, die Wäsche auf einen elia gemieteten Wagen, bringen sie nach der neuen Wohnung im Bogen Temple. Mutter, von Madame Touvel beraten, die sie aussucht, während Charlotte die Sachen in Ordnung bringt, geht gerichtlichen Bel-

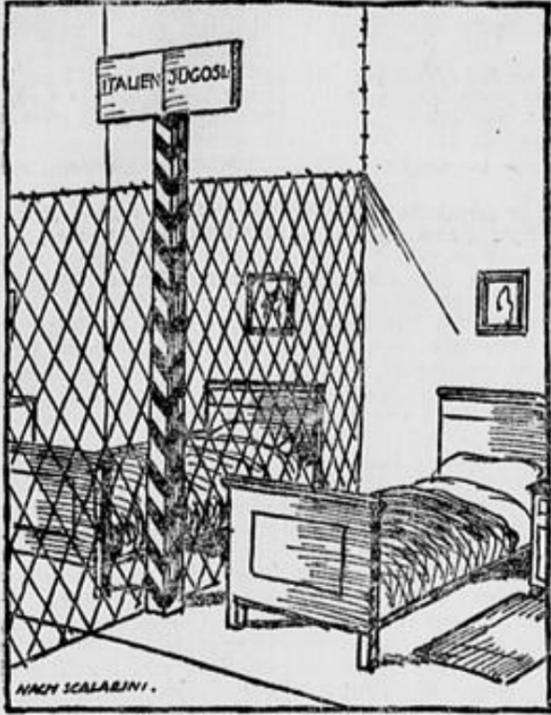
stand für die Scheidung einzuholen. Versichert der Kleinen, daß dies sehr wohl ohne sie geschehen könne.

Die ersten Tage sind friedlich. Von Zeit zu Zeit kommt Madame Touvel, den Abend bei ihnen zu verbringen, ehe sie ihren Nichtsnutz von Mann holen geht. Sie ist schon zweimal geschieden. Um rasch zu machen, meint sie, wäre Ehebruch am besten. Nichts leichter als das bei Männern. Alle betrügen sie ihre Frauen und sind dabei von einer Dummheit! Sie wissen wirklich nicht, wie es anfangen. Lise hat es gern, wenn sie die Geschichte ihrer Ehescheidungen erzählt. Wie sie die Uebelthäter überträgt und wer die Geliebten ihrer Gatten gewesen. Sie gesteht ihrer Tochter, daß diese Frau, die schon drei Männern geföhrt hat, den augenblicklichen Besten mitinbegriffen, keine passende Gesellschaft sei. Hat man sich einem gegeben und muß man sich dann trennen, ist das Leben zu Ende. Aber die Ratschläge von Madame Touvel konnten nützlich sein.

Auch Monsieur Porcher kommt. Er hat Hab und Gut verkauft, das Geld in den Händen der Gläubiger, er hofft, als Angestellter in sein eigenes Geschäft einzutreten. Er kennt jetzt das ganze Ausmaß seines Unglücks. Mitleidige Seelen haben ihn aufgekürt, um ihn zu trösten. Er ist gealtert, unraffer, schmutzig, die langen, grau gewordenen Haare kleben am Schädel, die Wangen sind schlaff. Immer weint er oder ersticht vor Wut. Er erzählt, wie er die blonde Mathilde kennengelernt, in Ranch, während seines Militärjahres. Er hat sie genommen, wie sie war. Sie hatte nichts, nicht einmal eine Ausstattung, er mußte ihr das Brautkleid schenken. Und fünfzehn Jahre lang hat sie ihn mit seinem besten Freund betrogen! Fünfzehn Jahre lang lachten ihn alle aus, klagten seine Blindheit an. Gefälligkeit zu sein. Heute sollte sich auch Sektors Witwe unter den Gläubigern befinden.

(Fortsetzung folgt.)

Diplomatische Geleiten.



Durch das jugoslawisch-italienische Abkommen wurde die Grenze zwischen den beiden Staaten mitten durch die Stadt Fiume gezogen. An einzelnen Orten wurden durch die neue Staatsgrenze Häuser regelrecht entzwei geschnitten. Ein Beispiel haben wir oben abgebildet. Die Grenze geht hier wirklich zwischen den zwei Betten einer

Wohnung hindurch. Das Bett des Ehemannes liegt auf italienischem Territorium, das Bett der Ehefrau auf jugoslawischem Territorium. Jeder Vertreter zwischen den beiden über die Grenze darf nur mit Erlaubnis und in Anwesenheit der Zollwächter vor sich gehen.

8 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Es herrscht vollkommene Ruhe. Der Abg. Raynaud nimmt seine Worte zurück. Painlevé erfährt, man möge solche Zwischenfälle vermeiden, um die Würde der Vollvertretung Frankreichs zu wahren.

Herriot schließt sich diesen Worten des Vorsitzenden an. Er polemisiert sodann zunächst mit Botanowski und bemerkt, daß während der Wahlkampagne die Rechtspresse derart defizitäre Maßnahmen gefordert habe, daß Franzosen im Auslande ihren Unwillen darüber zum Ausdruck brachten. Herriot betont, daß er immer gegen die Verbrauchssteuer war und stets ein Anhänger des Gleichgewichtes im Budget geblieben sei. Die Regierung wünsche die strenge Durchführung der Einkommensteuer, ohne die eine Vermögenssteuer unbillig wäre. Le Troquer antwortend, bestreitet Herriot entschieden dessen Angaben. Um das Ergebnis der Ruhroperationen abschätzen zu können, müsse man einen Vergleich ziehen zwischen dem, was Frankreich sonst erhalten hätte und besonders mit den 950 Millionen an Naturallieferungen, die Frankreich hätte erhalten sollen. Der gewesene Minister Reibel erklärt, daß diese Auffassung irrig und gefährlich sei.

Herriot setzt seine Rede fort und schließt um 10 Uhr wieder aufgenommen.

Inland.

Zur parlamentarischen Situation.

Prag, 19. Juni. Die diesmalige Pause des Abgeordnetenhauses wird bis Dienstag dauern. Bis dahin tagen im Parlamente die verschiedenen Kommissionen der Koalition, darunter die Zollkommission und die Kommission für die Reorganisation der Bodenteform. Der Reichsausschuss und die politische „Bösa“ sind selbstverständlich auch am Werke, da es gilt, die in der letzten Zeit aus dem Jagen geratene Koalition zu leimen. Trotzdem sich die Situation für die Koalition merklich gebessert hat, kann man doch nicht von einer völligen Harmonie sprechen, wie dies ein Teil der tschechischen Koalitionspresse tut. Die Koalitionsmitglieder des verfassungsmäßigen Ausschusses erhielten vom Reichsausschuss einen Verweis dafür, daß sie für die Resolution Kaffa stimmten. In der Zollfrage ist die letzte Formel der Lösung noch nicht gefunden. Auch wenn eine prinzipielle Einigung da wäre, wird es im Verlaufe der Verhandlungen, die zum Zwecke der näheren Modalitäten geführt werden, zu neuen Schwierigkeiten kommen.

Wie es mit dem Schicksal der Session steht, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden. Die Gerüchte, daß das Parlament bis Mitte Juli tagen wird, verdichten sich; der Finanzminister drängt auf die Erledigung von neuen finanzpolitischen Vorlagen und auch der tschechisch-nationalsozialistische Klub beschloß, die Koalitionsparteien aufzufordern, den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses möglichst längere Dauer zu verleihen, damit noch in der Sommer-session einige wichtige Vorlagen und Fragen gelöst werden können.

Eine lägerische Rechtfertigung der „Landpost“. Die Niederlage in der Versammlung in Grobschitz hat die Landbändler geärgert. In der „Landpost“ vom Donnerstag wollen sich die Agrarier durch Blößen aus der unangenehmen Situation herauswinden. Dabei benehmen sie sich derart lägerlich, so daß sie zu ihrer Niederlage sich auch noch lächerlich machen. Denn wer lacht nicht, wenn die „Landpost“ schreibt, daß

in der Versammlung in Grobschitz der angegriffene Teil, also die Landbändler, gar nicht anwesend war. Deshalb sei hier festgestellt, daß von etwa 200 Versammlungsbesuchern ungefähr die Hälfte Landbändler waren, die man aus der ganzen Umgebung zusammentrummelte und die außerdem 2 Gegenredner (Köhler und Grünes) mitbrachten. Noch lächerlicher wirkt es, wenn behauptet wird, daß der Kleinbauernverband sich aus Teplitz Leute bestellt hätte. In der Versammlung waren außer dem Genossen Schmidt aus Teplitz als Redner und dem Genossen Korb-Bilin nur sozialdemokratische Kleinlandwirte und Arbeiter aus Grobschitz und Radovesitz anwesend. Daher wirkt es geradezu lägerlich und beweist nur die angeborene Geistesarmut des landbändlerischen Redakteurs, wenn er von einem „rostigen Sabel“ spricht, mit dem angeblich der sozialdemokratische Redner Löcher in die Luft gehauen hätte. Allerdings kann man das nicht auch von dem „Sabel“ des landbändlerischen Sekretärs Grünes behaupten. Denn in der Kriegszeit hat er damit die eingetragenen Bauern gedroht, jene Bauern, deren Interessen er jetzt angeblich vertritt. Und wenn dann die „Landpost“ in unserem Blatte nach Notizen, die ihr nicht gefallen, sucht, daß z. B. ein „wütender Stier einen Häutehändler“ niedergestossen hätte (statt direkt in die Redaktion der „Landpost“ zu rennen und dort einmal aufzuräumen), oder die Notiz über das Abstimmsergebnis, das die Auslieferung Hlinsas zufolge hat und von der „Landpost“ zu einer niederträchtigen Verleumdung an den Sozialdemokraten bemüht wird, so will sie damit nur die Wut über die Niederlage der Agrarier und die Bloßstellung des B. d. L. durch den Lehrer Köhler verdecken, der in der Versammlung in Grobschitz behauptete, daß die Bündlerführer von den wirtschaftlichen Organisationen bezahlt werden. Darüber wird übrigens noch zu reden sein.

Baldwin — 6 Stimmen Minderheit.

London, 18. Juni. Das Unterhaus lehnte mit 278 gegen 272 Stimmen die erste der von Baldwin eingebrachten Resolutionen über die Reichsvorzugszölle ab. Die zweite, dritte und vierte Resolution, die sich auf Tabak und Zucker aus den britischen Kolonien bezogen, wurden mit ähnlichen Mehrheiten abgelehnt. Baldwin teilte darauf mit, daß er auf die übrigen Resolutionen Verzicht leistete.

Tages-Neuigkeiten.

Die Ueberschwemmungs-Katastrophe im Reiffetal.

Prag, 19. Juni. Die Abgeordneten, Genossen Kofcher, Hausmann, Hoffmann, Schäfer und Genossen, haben gestern im Abgeordnetenhause einen Antrag eingebracht, der zu der Ueberschwemmungskatastrophe im Reiffetal Stellung nimmt und folgenden Wortlaut hat:

Die im Fußgebirge der Reiffe liegenden Gemeinden des Reichenberger Gebietes sind in der Nacht vom 13. auf den 14. Juni vom Hochwasser betroffen worden. Ebenso mehrere Gemeinden im Friedländer Bezirk, die an der Wittig gelegen sind. Stundenlang anhaltende, wolkendunke Regengüsse haben Ueberschwemmungen verursacht, durch die arge Schäden an Wäsen und Feldern angerichtet worden sind. Vielen Landwirten wurde die ganze Ernte vernichtet. Große Wiesen-

strecken sind verfanbet, auf zahlreichen Feldern ist die heutige Ernte vernichtet. Ebenso haben die vom Hochwasser betroffenen Bezirke und Gemeinden an Wegen und Straßen gewaltige Schäden erlitten. Die in den Fußgebirgen der Reiffe und der Wittig gelegenen Gemeinden können unumgänglich die umfangreichen Schäden ohne ausreichende staatliche Hilfe tragen. Daher ist sofortige Hilfe unbedingt notwendig. In gleicher Weise bedarf die am 1. Juni von Hochwasser und Hagelschlag heimgesuchte Gemeinde Bernsdorf im Trautenauer Bezirke der staatlichen Unterstützung, da auch dort der durch das Elementargebiet angerichtete Schaden unumgänglich ist. Die genannten Genossen beantragen deshalb:

Es sind sofort die durch das Hochwasser in den nordböhmischen Gemeinden und in der Gemeinde Bernsdorf angerichteten Schäden amtlich zu erheben.

Den vom Hochwasser betroffenen, schwer geschädigten Personen sind in entsprechender Weise Abschreibungen von allen Steuern zu gewähren, bis die entstandenen Schäden beseitigt sind.

Die geschädigten Bezirke und Gemeinden sind aus Staatsmitteln ausreichend zu unterstützen und Mittel zu dem Zwecke beizustellen, damit die Aufbaubarbeiten und die Regulierungsarbeiten rasch durchgeführt werden können.

Es ist daher sofort amtlich zu erheben, ob nicht durch entsprechende Flußregulierungsarbeiten und Anlegung neuer Talperrren in Zukunft derartigen Hochwasserkatastrophen vorgebeugt werden kann. Die zu den Schutzarbeiten erforderlichen Mittel sind beizustellen.

Der Reine Grenzverkehr an der deutschen Grenze. Die Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der bis zum 15. Juni für Ausflügler gestattete Ueberschritt über die tschechoslowakische Grenze bis zum 30. Juni verlängert worden ist. Der Tagesausweis berechtigt zum Grenzübertritt für 48 Stunden.

Für Reisende nach Jugoslawien. Das Generalkonsulat der Tschechoslowakischen Republik in Belgrad macht die nach Jugoslawien Reisenden aufmerksam, daß sie die Pflicht haben, beim Betreten des Königreiches E.S.S. bei den Uebergangszollämtern die effektiven Valuten anzumelden, welche sie nach E.S.S. einführen, bzw. durchführen, da sie sich sonst bei der Rückreise resp. beim Verlassen des jugoslawischen Territoriums Unannehmlichkeiten und der eventuellen Gefahr einer Beschlagnahme der Valuten aussetzen. Die Reisenden werden besonders aufmerksam gemacht, auf die Frage der jugoslawischen Zollbeamten immer alle Valutabeträge anzugeben, die sie ein- bzw. durchführen, resp. ausführen, da ihre Verheimlichung als Versuch des Schmuggels angesehen und mit solchen Reisenden nach den geltenden Vorschriften über den Handel mit Devisen und Valuten verfahren wird. Die ausgeführten Valuten werden beschlagnahmt und außerdem wird ihnen eine Geldstrafe auferlegt, die eventuell in Gefängnis umgewandelt wird. Wenn die Reisenden die serbokroatische oder die slowenische Sprache nicht beherrschen, müssen sie einen Dolmetsch verlangen, da der Hinweis darauf, daß sie die Fragen der Zollorgane nicht verstehen, nicht als Entschuldigung gelten kann. Die eingeführte, resp. durchgeführte Valuta wird in den Reisepässen bemerkt und diese Anmerkung mit der Unterschrift des Vorstandes des Zollamtes oder seines Vertreters und mit der Stempelstempel des Zollamtes versehen. Für die so verzeichneten Valutabeträge ist dann keine weitere besondere Ausfuhrbewilligung erforderlich.

Die teureren Hotelzimmer- und Restaurantpreise in Deutschböhmen. Von der Union der Geschäftsreisenden und Vertreter wird uns mitgeteilt: Durch die Tagespresse wurde das Interesse der Öffentlichkeit auf die unerschwänglich hohen Zimmer- und Restaurantpreise in den deutschböhmisches Hotels gelenkt und mitgeteilt, daß die Geschäftsreisenden sogar unter Verzicht ihrer eigenen Bequemlichkeit beschlossen haben, in Gablons a. R. und Brüx wo die Hotelzimmerpreise am höchsten gehalten wurden, nicht zu nächtigen. Daraufhin hat sich der „Deutsche Gastgewerbeverband“ veranlaßt gesehen, eine Tagung für den 18. Juni nach Prag einzuberufen, zu welcher auch die Geschäftsreisenden-Organisationen eingeladen wurden. Diese haben mit der Meinung, daß der Gastgewerbeverband mit bestimmten Anträgen kommen werde, welche im gegenseitigen Einvernehmen zum Preisabbau führen könnten, ihre Vertreter zu dieser Tagung delegiert. Von der Union sind sogar Delegierte aus Brünn, Bodenbach und Karlsbad erschienen. Von den Herren Hotelierern wurde jedoch alles andere auf Tapet gebracht, nur nicht, wie sie sich den Preisabbau vorstellen. Daher mußte die Konferenz vorläufig ohne Resultat auseinandergehen. Es wurde jedoch vereinbart, daß bis Ende dieses Monats die Hotelbesitzer den Organisationen ihre Entscheidung mitteilen haben, oder daß eine neue Beratung einberufen werde, welche die schwebenden Fragen zu lösen habe. Hotelier Geling aus Gablons a. R. wollte am Schlusse der Tagung die von ihm verlangten und allseits beanstandeten hohen Preise rechtfertigen, mußte jedoch, da ihm eine Rechnung aus seinem Hotel auf 90 Kronen für zwei Tage vorgehalten wurde, seine Verteidigung abbrechen. Der Besitzer des Hotels „Roh“ in Brüx verließ vorzeitig die Beratung. Die Geschäftsreisenden nächtigen freilich nach wie vor weder in Gablons a. R., noch

in Brüx. An der Konferenz nahmen auch Vertreter des Ernährungsministeriums und der Hotelinstruktur Kolaf teil, welche im Interesse des reisenden Publikums zu der Sache Stellung nahmen.

Eine Reise in die deutsche Schweiz vom 19. bis 29. Juli in den landschaftlich schönsten Teil der Schweizer Gebirgswelt, das Berner Oberland, veranstaltet die Organisation für Urlaubsreisen in Bodenbach, Poststraße 813. Die Reise geht über Luz, Salzburg, Innsbruck, Zürich, Auffsahrt auf Rigi-Kulm, Vierwaldstättersee, Luzern, Meiringen, Aareschlucht, Reichenbachfälle, Brienz, Interlaken, Heimwehfluh, Lauterbrunnen, Kleine Scheidegg, Grindelwald, Thunersee, Bern, Basel und Rheinfälle bei Schaffhausen. Annehmungen werden noch bis Ende Juni entgegengenommen. Der Teilnehmerbeitrag befreit sich auf K 800 bis 900, Einbezogen sind Verpflegung ohne Getränke, Bahn- und Schifffahrten, Ueberrnachtungen, Befestigungen und Pässefahrten. Reisepässe werden nicht benötigt. Ein- und Ausreise besorgt die Reiseleitung. Verlangen Sie umgehend Prospekt gegen K 1.50 Rückporto zu dieser billigen, lohnenden Ferienfahrt.

Kufirol und der deutsche Reichskanzler. Eine verbundene Zurückweisung läßt das „Echo der Gegenwart“ in Aachen der aufdringlichen Kufirolreklame zuteil werden. Das Blatt schreibt: „Zur Zeit gibt es wohl kaum einen Handelsartikel, der so der Reklame zu bedürfen scheint, wie das Hühneraugenmittel „Kufirol“. Dagegen wäre vom wirtschaftlichen Standpunkt der Zeitungen kaum etwas einzuwenden, es sei denn gegen Wünsche der Kufirolfabrik nach Vergünstigungen, die mit einer gesunden Geschäftsmoral unvereinbar wären. Neuerdings jedoch begibt sich die Reklame für Kufirol auf ein Gebiet, wohin ihr die von ihr bedachten Zeitungen und deren Leser, soweit sie den aufdringlichen Kufirolanzeigen überhaupt Beachtung schenken, nicht mehr zu folgen bereit sein dürften. Kufirol läßt in einer Serie von Anzeigen „Frau Schnatterich“ aufmarschieren, von der es in der Anzeige Nr. 1 heißt: „Sie hat Resolutionen gegen ihre Hühneraugen und gegen die untauglichen Hühneraugenmittel gefaßt, hat sich entristet, empört und erbittert, aber sie hat sich still gefügt wie ein deutscher Reichskanzler, wenn ihm Poincaré eine neue Note schickt.“ Es ist wirklich weit gekommen mit uns Deutschen,“ so stellt das Blatt weiter fest, „wenn wir aller nationalen Würde bar zu solchen Reklamemitteln greifen oder sie uns von einem Reklamemittel zugunsten eines Hühneraugenmittels gefallen lassen. Ob es zur Zeit ein Land außer Deutschland gibt, wo jemand es wagen dürfte, in dieser Weise das eigene Nest zu beschmutzen? Wenn in der Tat Zeitungen diese Reklame veröffentlichen, so muß man zu ihren Gunsten annehmen, daß sie sie vorher nicht gelesen haben. Normal fühlende Menschen werden durch dieses Schreibsel angeekelt. Es verrät indes einen solchen Tiefstand politischer und geschäftlicher Moral, daß die öffentliche Kritik dazu nicht schweigen sollte. Es muß um Kufirol schlecht bestellt sein, wenn es zu seiner Propagierung solcher Mittel bedarf. Entweder ist die Sache so minderwertig, daß sich nichts Gescheites darüber sagen läßt, oder der Reklamemann ist so geistlos, daß ihm nichts Gescheites einfällt.“

Verbotene Stierkämpfe in Berlin. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit, daß die Abhaltung von Stierkämpfen in Berlin nicht gestattet werden wird, daß dies mit den Paragraphen über Tierquälerei und die Erzeugung öffentlichen Aergernisses im Widerspruch steht.

Zum mexikanisch-englischen Konflikt. Die amerikanische Botschaft in der Stadt Mexiko hat die Archive der britischen Botschaft, die sich in Gewahrsam von Cummins befanden, in ihre Obhut übernommen. — Eine amtliche Mitteilung aus Mexiko besagt: Im Hinblick auf die Drohung Macdonalds, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden würden, falls Mexiko den britischen Vertreter Cummins ausweise, wurde die diplomatische Mission eingetroffen ist, wurde der mexikanische Generalkonsul in London beauftragt, mitzuteilen, daß es unmöglich sei, die Haltung Cummins länger zu dulden und daher abreisen müsse. Es verlautet, daß Cummins bereit ist, Mexiko unverzüglich zu verlassen, sobald London ihm eine entsprechende Weisung erteile.

Japans Protest in der amerikanischen Einwanderungsfrage wirkungslos. Die Antwort des Staatssekretärs Hughes auf den japanischen Protest gegen die Ausfuhrbestimmungen des neuen Einwanderungsgesetzes ist im Ton freundlich, aber in energische Worte gekleidet. Sie erklärt, der Kongreß habe sich in seinem vollen Rechte befunden, als er das Gesetz erließ, und das neue Statut sei bindend für die Exekutive der Regierung und lasse ihr keinen Spielraum für die Anwendung freier Ermessens in der Ausführung der in dem Gesetze enthaltenen Bestimmungen.

Kombination von drahtloser Telegraphie und Telephon. Aus London wird gemeldet: Der „Manchester Guardian“ schreibt über die Bedeutung des bedeutendsten Fortschrittes in der drahtlosen Telephonie. Es sei nicht nur möglich gewesen, mit Amerika sehr gut zu sprechen, es seien auch schon Versuche unternommen worden, mit einer Kombination der drahtlosen Telegraphie und der heimischen Telephonleitungen, welche einen ungemein Erfolg hatten, denn es konnten die Mitglieder der Regierung in ihren eigenen Wohnungen die in Amerika gehaltenen Reden anhören.

Ein Verbrechen. Auf der Linzer Gastwirte-Ausstellung wurde unter anderen „Belustigungen“ ein Motorrad als Preis für denjenigen ausgesetzt, der binnen 24 Stunden 100 Krüge Bier trinken könne. — In dieser Menge ist die tödlich wirkende Menge Alkohol dreimal enthalten! Und so etwas wird öffentlich gebudet!

Weiteres.

Rätsel der deutschen Sprache.

In einem bairischen Gasthof fand man einen nachlässigen Zettel mit folgender rätselhafter Aufschrift: „Wuamanzlogl, Aboglmelde, Kluaten, Anvon.“ Die Aufschrift blieb ein Rätsel, bis eines Tages ein ortsgedächtigter Dorflehrer den Zettel in die Hand bekam und den Inhalt folgendermaßen überlieferte: „Ein Bubenanzug, ein Rädchen Maittee, eine Kuhlette, ein Faden.“ Auf die erstaunte Frage, ob er denn Hottentottisch verstehe, antwortete der brave Dolmetscher lachend: „Rein, aber — Bayerisch!“ Und so stellte es sich endlich heraus, daß eine wädrere oberbairische Bauernfrau ihren Verforgungszettel im Gasthof hatte liegen lassen!

Bei Tag und bei Nacht.

Zu zwei unbeschäftigten Damen — sehr penibel und sehr furchsam — kommt ein ganz harmloser Bettler. Beide Damen natürlich sehr entsetzt. Endlich ermannt sich die mutigere und öffnet die Tür; die andere steht dahinter — Ged geben sie „grundtätlich“ nicht, und so bittet der Mann schließlich um ein Paar abgelegte Hosen. Darauf die Beherrschtere: „Wir haben keinen Mann im Hause, gehen Sie nur.“ Man aber bekommt sie es doch mit der Angst zu tun. Der bricht sich diese Nacht ein, wo er nun weiß, daß kein Mann im Hause ist! Und kurz entschlossen öffnet Fräulein Linchen das Fenster und ruft dem Bettler zu: „Hören Sie, aber nachts, da haben wir einen!“

Elternrecht und Merkmalismus.

Die Merkmalisten geben seit ein paar Wochen in Böhmen-Krummauer ein Blättchen für katholische Eltern und Erzieher heraus, das sich pathetisch „Das Elternrecht“ nennt. Die Juni-Nummer bringt als Leitartikel alte Gedanken über Schule und Unterrichtsfreiheit. Dem modernen Staat wird vorgeworfen, er mache den Unterricht, die Erziehung, die Bildung zu einem Monopol und zwar zu einem Monopol des Lehrstandes;

In diesem Systeme sind es nicht mehr die Eltern, welche die Bildung und Erziehung ihrer Kinder leiten, sondern die Lehrer haben allein dieses Geschäft (!) und brauchen sich dabei um den Willen der Eltern nicht mehr zu kümmern. Diese haben nur noch die Pflicht, für den Leib ihrer Kinder zu sorgen und den Gehalt der Lehrer zu bezahlen; im übrigen ist es der bis oben hin auf organisierte Lehrstand, der über die Ausbildung der Kinder entscheidet.

Was wird nun gegen das Vorrrecht der Lehrerschaft auf die geistige Beeinflussung der Kinder von dem Herrn Bischof empfohlen?

Insbesondere ist es notwendig, die Eltern an ihre Rechte und ihre Pflichten bezüglich der Schule zu erinnern und sie zum gemeinsamen Kampf gegen jene Beschränkungen aufzufordern. Es muß den Eltern wieder zum Bewußtsein kommen, daß es keine heiligen Rechte und keine heiligen Pflichten auf Erden gibt, als die ihrigen bezüglich der Schule sind; und daß sie das Glück ihrer Kinder auf die strafwürdigste Weise gefährden, wenn sie bei Ordnung der Schulverhältnisse ihre Rechte nicht geltend machen.

So das katholische Blättchen auf der ersten Seite. Auf der dritten Seite gestattet sich die Schriftleitung gerade gegen die Forderung nach dem Elternrechte stramm zu Felde zu ziehen. In dem dritten Aufsatz des „Elternrechtes“ wird — huhu! — das wahre Gesicht der „Freien Schule“ enthüllt. Wie sieht es aus? Wo kann man es bestichtigen? In Hagen i. W. Dort verlangt „ein sogenannter wilder Stadtverordneter Bauesler“ — man stelle sich die Scheußlichkeit vor — daß die Schülerzahl nicht 45 übersteigen solle. Nicht genug daran. Der merkmalistische Landtagsabgeordnete Baumhoff las daraufhin zwei Briefe vor, die den Krummauer Verfechtern des Elternrechtes ganz entseßlich vorkommen. Eine Lehrerin berichtet:

„Der Gegenstand, in dem ich auf Grund meiner Auffassung von der Schule zu einem großen Teil der Eltern stand, hat mir oft sehr erregte, unliebame Ausfälle mit Vätern und Müttern gebracht, die mit der Zeit meine Gesundheit außerordentlich angriffen.“

Eine zweite Lehrerin berichtet: „Als überaus störend für den Schulbetrieb und dazu nervenanzweidend habe ich es jedoch empfunden, daß fortwährend höchst unvernünftige, teilweise mit allerhand überspannten Ideen erfüllte Eltern den Lehrer unserer Schule Vorschriften machen wollen.“

Die Böhmen-Krummauer Feder fragt hierzu: „Der Zentrumsabgeordnete Baumhoff hat sich ein Verdienst erworben, indem er die Verletzung der obigen zwei Briefe beantragte und damit der breiten Öffentlichkeit Gelegenheit gab, das sozialdemokratische Schulideal in Reinkultur zu sehen.“

Wofür wie ist nun die Geschichte? Bischof Kettler predigt, den Eltern müsse zum Bewußtsein kommen, daß die Sorge um die Schule heiliges Recht und heilige Pflicht sei. Wenn aber die Arbeiter in Westfalen dieses Bischofswort zur Wirklichkeit machen, wird es zum Ver-

brechen? Vielleicht beantworten uns die Krummauer Herren diese Frage und teilen uns mit, ob wir sie richtig verstehen, daß ihnen das Elternrecht lieb ist als Instrument des Merkmalismus, aber verhaßt als Instrument gegen den Merkmalismus.

Kleine Chronik.

Die Elektrifizierung der Schweizer Bahnen.

Die Vollendung des elektrischen Betriebes auf der Bahnlinie Chiasso—Gotthard—Basel bildet einen wichtigen Abschnitt in der Elektrifizierung der Schweizer Bundesbahnen, die nach einem großartigen Plan durchgeführt wird. Nähere Angaben über dieses Projekt, das in den Hauptlinien bis 1928 vollendet sein wird, werden in der „Umschau“ gemacht. Da man auch bei uns mit der Elektrifizierung der Reichsbahn umgeht, so sind die Schweizer Erfahrungen für uns von großer Wichtigkeit. Der Schweiz als dem großen Durchgangsland des Verkehrs lag vor allem daran, die Fahrt vor allem so kurz als möglich zu gestalten und die in den zahlreichen Tunnels sehr lästige Rauchentwicklung zu vermeiden. Durch die Zuleitung zum Anfahren wird eine bedeutende Zeitersparnis beim Motorbetrieb erzielt und die Züge können durch den Fortfall der Belastung mit Wasser und Brennstoffen umfangreicher gestaltet werden. Auch lassen sich beim elektrischen Betrieb größere Lasten befördern, denn die stärkste Dampflokomotive zog nur 300 Tonnen, während eine elektrische Lokomotive 430 Tonnen befördern kann. Ausschlaggebend für die Schweiz bei dieser gewaltigen und kostspieligen Anlage ist aber die Unabhängigkeit von der ausländischen Kohle. Ueber das ganze Land werden nun Kraftwerke verteilt, um allmählich das gesamte Bahnnetz der Schweiz zu elektrifizieren. Obgleich elektrischer Strom in der Schweiz in genügender Menge erzeugt wird, entschloß man sich doch zur Errichtung eigener Kraftstationen, denn die Bahnverwaltung wollte Herr ihrer Betriebsquelle sein und nicht von der Industrie abhängig werden. Vor allem wird die Energiequelle an der Verbena im Ballis verwendet werden. Durch große Staumauern wird hier ein Stausee von 41 Millionen Kubikmeter geschaffen. Die obere Gefällstufe von 763 Metern liefert schon jetzt Energie für die Strecke Sitten—Lansanne. Beide Kraftwerke zusammen werden 230 Millionen Kilowatt liefern. Sie werden in Verbindung mit den Kraftwerken Amsteg, Göschenen und Risom zunächst für den Betrieb ausreichen. Die Kosten des ganzen Planes sind außerordentlich groß. Man rechnet für die 1500 Kilometer Bahnstrecke, die bis 1928 in Betrieb sein soll, 760 Millionen Franken. Bis Ende 1924 werden etwa 800 Kilometer elektrisch betrieben werden.

Der aussterbende Gorilla.

Ein Protest gegen die sinnlose und grausame Vernichtung des „nächsten Verwandten des Menschen, des Gorilla, den der eifrige Vorkämpfer des Naturschutzes Albert Gray erhoben hat, findet in der englischen Presse starken Widerhall. Gray weist darauf hin, daß in den letzten drei Jahren die wenigen Herden dieses Tieres, die sich noch in den belgischen Kolonien finden, fast vollkommen vernichtet worden sind. Besonders die interessante Hochlandart, die von dem deutschen Hauptmann von Beringe entdeckt wurde und sich in der Nähe des Kivu-Sees im früheren Deutsch-Ostafrika befand, ist dem Untergang nahe. Außer dieser isolierten Form kommt der Gorilla nur noch im westlichen Afrika vor. Nach den Schätzungen von Akela gibt es überhaupt nicht mehr als 50 bis 100 Gorillas; es können aber auch weniger als 50 sein, und die Jäger treten selbst dafür ein, daß der Gorilla auf das energigste geschützt werden müsse. Die Reisenden wurden in ihrer Jagd auf das seltene Tier durch die naturhistorischen Museen von New York, London und Stockholm ermutigt. Gray klagt „die unheilvolle Verbindung zwischen Wälfen und Sportleuten“ an und behauptet, daß der Gorilla überhaupt kein Wild für einen ehrlichen Jäger sei. Barak sagt: „Wenn man diese Affen jagt, so wird kein Mensch mit einem Funken Gefühl sich des Gedankens erwehren können, daß er diesen fast menschlichen Tieren gegenüber zu einer Art Mörder wird.“ Er tut es aber doch.

Grays Appell hat vielfache Zustimmung erfahren. So schreibt der Dichter John Galsworthy: „Möchten doch unsere Sportleute sich davon überzeugen, daß sie viel größeren Ruhm ernten, wenn sie mit der Kamera schießen als mit der Flinten. Vortreffliche Photographien geben ein besseres Bild von Tieren, als die ausgestopften Exemplare in den Museen. Am traurigsten aber ist der Vorwurf, der aus Handelszwecken um niedrigen Gewinns willen unter der Tierwelt angerichtet wird.“

Ein vorzeitliches Merkmal. Bei Durchsicht einer Fundstätte von Fossilien im Bugtgebirge in Paluchin fand der englische Paläontologe Cooper Knochen eines riesigen Säugtieres, das er unter Bezug auf die fundstelle Paluchitierium nannte. Die politischen Verhältnisse machten es unmöglich, in diesem Gebiete weiter zu arbeiten, aber inzwischen hat sich herausgestellt, daß von dem russischen Geologen Borisski während der Jahre 1915—1917 in Turgal, einer Provinz des nördlichen Turkestan, Überreste des gleichen Tieres geborgen wurden. Auch der dritten Sammelexpedition des Amerikanischen Museums in der Mongolei glückte es, auf dem Wege nach Urga Teile des Skeletts, schließlich im Altai-gebirge sogar einen vollständigen Schädel zu finden, der zu den vorhergehenden Funden paßt. Das kostbare Stück wurde inzwischen in New York rekonstruiert. Dabei zeigte es sich, daß das Tier aus dem Miozän stammt und dem Rhinoceros verwandt ist. Die Schullerhöhe betrug etwa über vier Meter. Von der Größe kann man sich am besten eine Vorstellung

machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das größte jetzt lebende Rhinoceros unter dem miozänen Verwandten hindurchgehen könnte, ohne ihn zu berühren.

Das „Heilige Jahr“ der katholischen Welt. Rom rüstet sich zur Feier des „Heiligen Jahres“, das 1925 wieder mit festlichem Pomp begangen werden soll. Es ist das Jubiläumjahr, das alle 25 Jahre gefeiert wird, und mit dem die katholische Kirche den in Rom aus aller Herren Länder herbeigeströmten Gläubigen „Frieden und Verzeihung“ verkündet. Die Institution des heiligen Jahres wurde im Jahre 1300 vom Papst Bonifacius VIII. begründet. Dante selbst nahm als Pilger an dieser ersten Feier teil und hat den Zug der Gläubigen über die San-Angelo-Brücke dichterisch verherrlicht. Ein zweites heiliges Jahr wurde 50 Jahre später unter Papst Clemens VI. gefeiert. Nach dem Bericht der zeitgenössischen Geschichtsschreiber überstieg damals die Zahl der in Rom versammelten Pilger eine Million. Papst Paul II. ordnete dann an, daß das Jubiläum alle 25 Jahre feierlich begangen werden soll. Durch besonderen Pomp zeichnete sich die Feier aus, die Papst Alexander VI. veranstaltete, und bei der er die sogenannte „Porta Santa“ der Peterskirche öffnete. Das letzte „Heilige Jahr“ wurde im Jahre 1900 gefeiert, und diese Feier überragte an Prunkentfaltung alle vorangegangenen. Papst Leo XIII. eröffnete bei der Gelegenheit, nachdem er die Güter der vatikanischen Basilika geschlossen hatte, das heilige Tor von St. Peter mit einer Zeremonie, der mehr als eine Million Pilger beiwohnten.

Volkswirtschaft.

Deutscher Bergarbeiterkongress.

Am Sonntag erfolgte in Dresden die Eröffnung der 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Die eigentlichen Verhandlungen wurden erst am Montag mit einem Referat des Genossen Husemann über die allgemeine Verwaltung ausgenommen. Husemann erklärte u. a., daß Deutschland gegenüber dem Stande im letzten Friedensjahre jährlich einen Verlust von 51 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung zu verzeichnen habe. Aber trotz des Rückganges der Förderung seien in den letzten drei Jahren auf Grund des Versailler Vertrages noch rund 56 Millionen Tonnen Reparationskohle abgeführt worden. Wehlich sei es bei der Braunkohle und bei der Koksproduktion. Der Redner gab anschließend ein umfassendes Bild von den Bergarbeiterkämpfen der letzten Jahre, die besonders wegen der geforderten Verlängerung der Arbeitszeit geführt wurden. Scharf war die Abrechnung des Referenten mit den Kommunisten, deren Sinn darauf gerichtet sei, alles zu verschlagen, ohne etwas Besseres an die Stelle des Bestehenden zu setzen. Die Kommunisten führten die Arbeiterschaft nicht zu ihrem Ziele, sondern immer tiefer in das Elend hinein. Auch während des Bergarbeiterstreiks seien die kommunistischen Schreier die ersten gewesen, die die Arbeit wieder aufnahmen, weil sie fürchteten entlassen zu werden.

Anschließend folgte der Bericht Martmöllers über die sozialpolitischen Fragen. Er bemerkte, daß die Bergarbeiterschaft mit der Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge nicht allgemein einverstanden sein könne. Ein Lichtblick sei das Reichsnahrungsgegesetz. Durch die Arbeitszeitverordnung sei der Achtstundentag in der Praxis sehr in Frage gestellt. Bis jetzt sei es immer noch geblieben, die schwersten Anstürme der Gegner auf die Sozialpolitik abzuschlagen.

In der Nachmittagsstimmung wurde der Klassenbericht und der Bericht des Kontrollausschusses erstattet. Inzwischen unterbreitete der Vorstand eine Entschlieung, in der es u. a. heißt:

„Die 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nimmt mit tiefer Besorgnis und höchster Entrüstung Kenntnis von den unerhörten Angriffen, die während der sich gegen den Kapitalismus richtenden Bergarbeiterkämpfe von kommunistischen Zeitungen und eben solchen Flugblättern in Rheinland und Westfalen, Oberschlesien und Sachsen gegen die im Vordertreffen dieser schweren Wirtschaftskämpfe stehenden Kameraden erfolgt sind.“

Die Entschlieung wurde gegen fünf Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. In der geschlossenen Sitzung am Dienstag Vormittag referierte zunächst das Vorstandsmittglied Schmidt-Boschum über die Taktik des Verbandes. In der Nachmittagsstimmung wurde die Ansprache über den Geschäftsbericht in der öffentlichen Sitzung fortgesetzt. Borrmann-Delsnik sieht die Hauptaufgabe des Verbandes für die nächste Zeit in der Zurückgewinnung der verlorenen Mitglieder. Einen breiten Spielraum in der Debatte nahm vor allem das unkläpftige Knappschäftsgegesetz ein. In seinem Schlußwort nahm Husemann dann die Gelegenheit wahr, die Auffassungen der Delegierten noch weiter zu klären und die schiefen Darlegungen der kommunistischen Opposition zu berichtigen. Scharf rechnete er dabei mit den kommunistischen Untricken im Verbands ab, die sich bis zur Wordinge gegen die Führer des alten Verbandes verdichteten.

Streit der Tischler in Reichenberg. Zeit Dienstag, den 17. Juni, stehen die Tischlergehilfen in Reichenberg im Streit. Die Ursache hiezu gab die Vereinigung der Unternehmer dadurch, daß sie den Wünschen der Gehilfenschaft nach Verbesserung der Löhne ihren schroffen Widerstand entgegengelehrt hat. Die Gehilfenschaft mußte im Jahre 1922 unter den denkbar schlechtesten Arbeitsverhältnissen — von der Wirtschaftskrise sind in diesem Jahre auch die Tischlerei- und Klavierbetriebe Reichenbergs außergewöhnlich stark in Mitleidenschaft gezogen gewesen — trotz des geäußerten Widerstandes auf einen Schnäbeldbau von

20 Prozent eingehen, obwohl die in der besseren Geschäftszeit erzielten Lohnaufschläge bei weitem nicht jene Höhe erreicht haben, als dies in anderen Branchen geschehen ist. Durch den Lohnabbau erlitten die Holzarbeiter in ihrer Lebenshaltung einen Rückschlag, der durch die Arbeitslosigkeit sowie durch das verhärtete Arbeiten sich um so krasser ausgewirkt hat, weswegen es heute jedem objektiv denkenden Menschen einleuchtet, daß die von den Unternehmern geschaffene Lage nicht dazu geeignet sein konnte, Ruhe und Zufriedenheit in den Betrieben zu erhalten. Dies um so weniger, als die Unternehmer darauf ausgegangen sind, im neuen Vertrag Verschlechterungen zu bringen. Unter der Führung des Industriellenvereins Streitz sollten die Holzarbeiter schon im Vorjahre um ihren sechsstägigen Urlaub geprellt werden, weil durch den im November 1922 geführten Abwehrstreik angeblich das Arbeitsverhältnis aufgelöst gewesen sein sollte, obwohl damals die Unternehmer bei der Beendigung des Kampfes erklärt haben, daß durch den Streik das Arbeitsverhältnis nicht beeinträchtigt werde und alles beim alten bleibe. Durch gepflogene Verhandlungen ist im Vorjahre vor der Wesse die Urlaubsfrage, auf die es die Organisation des Unternehmerrats ganz besonders scharf hat, für ein Jahr bereinigt gewesen. Was bei der seinerzeitigen Lohnherabsetzung nicht erzielt wurde, sollte später geschehen. Seit vielen Jahren erhalten die Gehilfen einen Ueberstundenzuschlag von 50 und 100 Prozent, sowie eine geregelte Zulage für Montagearbeiten. Ein verführer individueller Abbau dieser Vergütungen blieb ohne Erfolg, so daß die Unternehmer mit dieser Forderung an die Organisationen der Arbeiterschaft heranzutreten sind, die auf dieselben nicht eingehen konnten. Seit Jänner 1924 bestand daher ein vertragsloser Zustand. Im Mai ist die Arbeiterschaft an die Unternehmer mit der Anfrage herangetreten, ob sie Interesse für ein geregeltes Vertragsverhältnis haben, wobei die Bedingungen hiesfür gleichzeitig mit bekanntgemacht wurden. Die gepflogenen Verhandlungen ergaben jedoch kein befriedigendes Resultat, weil die Unternehmer darauf bestanden haben, daß die Höhe der Ueberstundenentlohnung abgebaut werden muß, eine Lohnaufbesserung wurde von vornherein als undisputabel erklärt und abgelehnt. Die Haltung der Unternehmer hat also zum Bruch geführt. Die Holzarbeiter haben sich in mehreren öffentlichen Versammlungen mit der Lage beschäftigt und den Streik am Montagabend beschlossen. Gegen 700 Holzarbeiter stehen seit Dienstag, den 17. Juni in Reichenberg im Kampfe um ihre gerechte Sache. Sie wehren sich gegen eine weitere Verschlechterung ihrer ohnedies fäclichen Lage und versuchen, nachdem die Krise im Verufe überwunden ist, eine Verbesserung der Lebenshaltung herbeizuführen. Kein Holzarbeiter von auswärts darf den Kampf seiner Kollegen in Reichenberg erschweren. Jeder übe Solidarität!

Kollektivvertrag im britischen Kohlenbergbau. In einer Konferenz der englischen Kohlenbergwerksbesitzer und des Ausschusses der Bergarbeitervereine wurde ein allgemeines Abkommen unterzeichnet, das neue Löhne festsetzt, die in den gesamten britischen Kohlengebieten bis zum 30. Juni 1925 Gültigkeit haben sollen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag Bläser „Gretchen“. (Beginn 7 Uhr.) Samstag Gastspiel Gutfreund-Schöber „Elektra“, Sonntag nachm. „Tiefenland“, abends Operettenpremiere „Der ledige Schwiegersohn“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Der Bettler aus Dingoda“, Samstag „Das Kamel geht durch das Radelohr“, Sonntag abend „Die Sache mit Lofa“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehner. Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polih.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Retajants.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetsh 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“

Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernák Nr. 2.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Deutscher Theatergarten täglich Militär-Konzert.

Prag 7.50 Abonnement 7.-